

Aus Bund und Ländern

Kongreß gegen den Atomkrieg

MAINZ. Die unermüdlichen Warner vor dem Atomkrieg veranstalten bereits ihren fünften Medizinischen Kongreß. Neben medizinischen Fragen sollen auf dem Mainzer Kongreß (31. Oktober bis 3. November 1985) auch einige den ärztlichen Initiativen zur Verhinderung des Atomkrieges immer wieder gestellte Fragen allgemeiner Art behandelt werden. So wird Dr. med. Till Bastian über „Offene Fragen der Friedensbewegung“ sprechen und Professor Dr. med. Horst Eberhard Richter über Amerikanismus und Antiamerikanismus. An einer Podiumsdiskussion über das geplante Zivilschutzgesetz wird auch der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, teilnehmen. NJ/EB

Kostendämpfung durch mehr Selbstbeteiligung

AUGSBURG/STUTT GART. Selbstbeteiligung wirke kostendämpfend – dies ist das Ergebnis einer Studie von Dr. Markus Schneider von der Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung GmbH, Augsburg. Die Studie zeigt, daß in Schweden ein Versicherter im Jahr 1981 durchschnittlich 182 DM an Direktbeteiligung zahlte. In Frankreich waren es 304 DM, in Belgien 305 DM und in der Schweiz 328 DM.

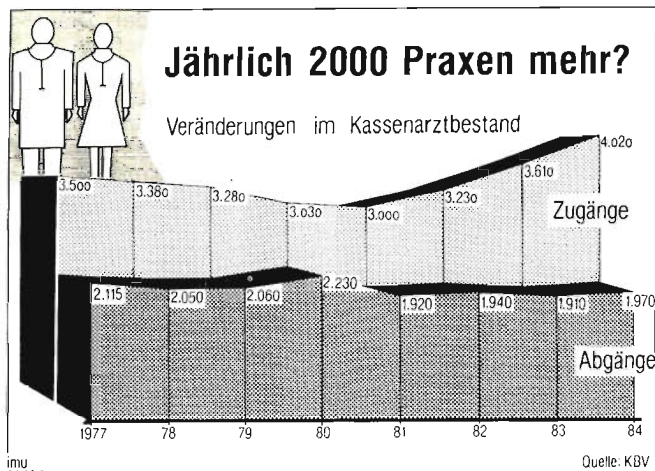
Der Verfasser schlägt vor, die Selbstbeteiligung auf Teile der ambulanten ärztlichen Versorgung auszuweiten, wie die Konsultation von Fachärzten, die Folgebehandlungen, einzelne technische Leistungen und Überweisungen.

Um ein Zusammentreffen von Belastungen aus den Selbstbeteiligungen bei verschiedenen Leistungsbereichen zu begrenzen, wird eine „Selbstbeteiligungskarte“ nach schwedischem Muster empfohlen. Auf einem solchen Ausweis sollen sämtliche ambulanten ärztlichen Behandlungen eingetragen werden, die bis zu einer Anzahl von 15 pro Abrechnungsperiode in Form von Behandlungsgebühren selbstbeteiligungspflichtig sind. Darüber hinausgehende notwendige Behandlungen sollen dann frei von jeder Direktbeteiligung gestellt werden. EB

Gesundheits-erhebung: Umwelt und Gesundheit

BERLIN. Das Bundesgesundheitsamt führt zur Zeit eine „Nationale Gesundheitserhebung Umwelt und Gesundheit“ durch. Auftraggeber sind die Bundesminister für Forschung und Technologie sowie für Jugend, Familie und Gesundheit, der Umweltteil wird vom Bundesinnenminister gefördert. An der Untersuchung, die Teil der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie ist, wirkt Infratest Gesundheitsforschung mit.

In zwei Bussen sollen an 8000 zufällig ausgewählten Bundesbürgern in 200 Gemeinden oder Stadtteilen Blutdruck, Puls, Körpergröße und Körpergewicht gemessen sowie Blut und Urin untersucht werden. In den Haushalten der Probanden sollen außerdem Wasser- und Staubproben entnommen werden; in den Gemeinden wird auch die Umweltbelastung gemessen. Die ermittelten Untersuchungsergebnisse und Laborwerte sollen den untersuchten Probanden später übersandt werden.



Mehr als 4000 Kassenarztpraxen wurden 1984 eröffnet. Der Nettozugang überstieg zum ersten Mal 2000, und der Trend geht nach oben. Denn die Zahl der Abgänge aus Alters- oder Gesundheitsgründen ist seit Jahren fast konstant. Grafik: imu

Das Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie des Bundesgesundheitsamtes weist darauf hin, daß die Stichprobe dann ein richtiges Bild der Lebensbedingungen, des Gesundheitszustandes und der Verhaltensweisen der Bevölkerung geben kann, wenn ein hoher Prozentsatz der Eingeladenen für die Teilnahme gewonnen wird. Die Ärzte werden daher gebeten, die Beteiligung zu empfehlen. WZ

Bundesregierung will verbesserte Psychiatrie

BONN. Bonn will noch in diesem Jahr die Versorgung psychisch Kranker und Behinderter verbessern. Wie das Bundesgesundheitsministerium mitteilte, haben sich der Bundesgesundheits- und der Bundesarbeitsminister über die Direkteinweisung in psychiatrische Tageskliniken, die finanzielle Absicherung der Betreuung durch Institutsambulanzen und die Unterstützung des Konzepts einer Rehabilitationseinrichtung für psychisch Kranke geeinigt.

Bisher konnten Patienten nur im Anschluß an einen Krankenhausaufenthalt von einem Krankenhausarzt in psychiatrische Tageskliniken eingewiesen werden. Dies soll künftig auch direkt beispielsweise durch niedergelassene Ärzte möglich sein. Auch die ärztlich verordneten Leistungen des nichtärztlichen Personals in Institutsambulanzen – wie etwa von Krankenschwestern und -pflegern, Sozialarbeitern und Beschäftigungstherapeuten – sollen in Zukunft vergütet werden. Ferner will die Bundesregierung das Konzept einer Rehabilitationseinrichtung für psychisch Kranke unterstützen. Bereits zuvor hat die SPD-Fraktion in Form eines Gesetzentwurfs eine Initiative gestartet, die Versorgung psychisch Kranker in Tageskliniken und im semiautonomen Bereich finanziell zu verbessern und in Form eines Finanzierungs- und Leistungsgesetzes die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das Gesetz soll noch im Oktober im Bundestag eingebracht werden; ein Anhörungsverfahren ist geplant. (Zum Themenkreis Psychiatrie auch der Kommentar auf Seite 3055.) EB/ddp